

# Zu einer bedeutungsvollen Tagung des Europäischen Wirtschaftsrates ECE (ECE = Economic Commission for Europe)

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142212>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rückgeführt durch das, was Präsident Eisenhower am 7. November 1957 im Rundfunk sagte:

«Unser Vorrat an nuklearen Waffen ist so groß und so schnell wachsend, daß wir uns erlauben können, ihn auf Orte zu verteilen, von denen aus einem Angriff am besten begegnet werden kann, und trotzdem eine große Reserve zu behalten. Unsere Wissenschaftler versichern mir, daß wir der Sowjetunion nuklear, qualitativ und quantitativ weit überlegen sind. **Wir sind gewillt, die Überlegenen zu bleiben.»**

Karl Struve

## Zu einer bedeutungsvollen Tagung des Europäischen Wirtschaftsrates ECE (ECE = Economic Commission for Europe)

Wir weisen andernorts in dieser Nummer auf einen gescheiterten Versuch hin, auf dem Weg der Abrüstung der internationalen Sicherheit eine bessere Grundlage zu schaffen (s. S. 185). Gegenwärtig sind die Vorbereitungen für die Durchführung der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in vollem Gange. Diesmal geht der Anstoß für die Sicherung Europas vor einer neuen Kriegskatastrophe von der Sowjet-Union aus, und soll, wie der Name der Konferenz andeutet, durch Verhandlungen über Warenaustausch und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf ein breiteres und solideres Fundament gestellt werden. Bekanntlich gehen daneben Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz seit Jahren ohne sichtbaren Erfolg weiter, es sei denn, man betrachte als Erfolg Konzessionen der Gesprächspartner auf quantitativen Gebiet, während sie neue, qualitativ stärkere Waffen entwickeln. Das alte Mißtrauen ist nicht behoben und viele andere — auch wirtschaftliche Faktoren tragen dazu bei, daß die alten Geleise bei Abrüstungsgesprächen nicht verlassen werden.

Die diesjährige Konferenz der ECE (16. Mai 1973), auf der die Deutsche Demokratische Republik als Mitgliedsland in die Europäische Wirtschaftskommission aufgenommen wurde, zeigt in der Rede des Vertreters der DDR, des Genossen Moldt, daß die enge Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft, die das internationale Leben charakterisiert, vor allem in der Traktandenliste einer internationalen Sicherheitskonferenz, wie sie wahrscheinlich diesen Sommer stattfindet, in Erscheinung treten wird.

Das Bestreben, durch möglichst vielseitige Zusammenarbeit und gegenseitiges Kennenlernen der Partner mit der Zeit eine Vertrauensbasis

und damit ein Verständigungsklima zu schaffen, ist auf Seiten der RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = COMECON) deutlich vorhanden. Auch wenn in den Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedern der RGW und dem Wirtschaftsriesen Sowjetunion für den Westen noch längst nicht alles durchsichtig ist, muß man die Mitwirkung des wirtschaftlich erfolgreichsten Comecon-Landes an der Arbeit der ECE begrüßen, denn nur durch Zusammenarbeit verschiedener Wirtschaftssysteme auf Grund der Gleichberechtigung kann auch den politischen Differenzen etwas von ihrer potentiellen Gefahr genommen werden.

Nachstehend: Teile der Antrittsrede des Vertreters der DDR an der Plenarversammlung des Europäischen Wirtschaftsrates.

\*

«Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik wird ihre Teilnahme an dieser Plenartagung verständlicherweise vor allem dazu nutzen, um weitere praktische Erfahrungen zu sammeln, die für eine umfassendere Mitarbeit unerlässlich sind. Aus diesem Grunde möchte ich mich zur Tätigkeit der Kommission im ganzen auf einige erste Bemerkungen beschränken, zumal auch seitens unserer Delegation die Absicht besteht, an der Diskussion zu einer Reihe weiterer Tagesordnungspunkte teilzunehmen.

Der generelle Meinungs-austausch soll vorrangig dem Thema langfristiger ökonomischer Entwicklungstrends in Europa gewidmet sein. Dabei gilt als Grundsatz, daß die langfristige ökonomische Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine umso bessere Perspektive hat, je entschiedener die Prinzipien der UN-Charta auf unserem Kontinent Anwendung finden. Wir betrachten andererseits die langfristige ökonomische Zusammenarbeit und die entsprechenden zwischenstaatlichen Abkommen als ein wirksames Mittel, um die Grundlagen der friedlichen Koexistenz zu festigen.

Die Beschäftigung mit langfristigen Trends setzt die gegenseitige Information über die Einschätzung der eigenen Entwicklungsperspektiven der einzelnen Staaten voraus. In diesem Sinne möchte ich bezüglich der Deutschen Demokratischen Republik unterstreichen, daß die Planung und Prognostizierung volkswirtschaftlicher Prozesse über längere Zeiträume ein Wesensmerkmal der sozialistischen Gesellschaftsordnung in unserem Lande ist.

Die langfristige Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR hat ihre feste Grundlage in der Koordinierung der Pläne der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Diese Koordinierung umfaßt die Abstimmung der Fünfjahrpläne

für den Zeitraum von 1976 bis 1980, bei Berücksichtigung des Zeitraumes 1981 bis 1990, für den auch schon zu ausgewählten volkswirtschaftlichen Aufgaben mit besonders langfristigem Charakter konkrete Vereinbarungen abgeschlossen werden. Die Zusammenarbeit im Rahmen des RGW wird dazu führen, daß das Wachstum der einzelnen Volkswirtschaften in hohem Tempo beibehalten werden kann. Vor allem die planmäßige Vertiefung der beiderseitig vorteilhaften ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion hat die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR spürbar gefördert.

So hatte die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1972 einen Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens in Höhe von 5,8 Prozent und eine Erhöhung der industriellen Warenproduktion um 11 Milliarden auf 193 Milliarden Mark zu verzeichnen.

Es sind die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben, damit dieses wirtschaftliche Wachstum kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Die mit dem «Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW» verbundene Annäherung der Volkswirtschaften und ihres ökonomischen Entwicklungsniveaus, die Herausbildung einer modernen hocheffektiven Struktur der nationalen Wirtschaft dieser Länder schaffen günstige Bedingungen für die wirksamere Nutzung ihrer Ressourcen und die breite Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung zwischen den Ländern des RGW hat folgerichtig zu einer ständigen Vergrößerung des Warenaustausches zwischen ihnen geführt. Der Anteil des Handels mit diesen Staaten im gesamten Außenhandel der DDR beträgt seit längerer Zeit zirka 70 Prozent und wird diese stabile Größe bei sich ständig verbreiterndem Volumen beibehalten.

Die zielstrebige Verflechtung der Volkswirtschaft der DDR mit dem großen Wirtschaftspotential der UdSSR und der anderen Mitglieder des RGW bildet die stabile Basis für die Entwicklung ihres Wirtschaftsaustausches mit nichtsozialistischen Staaten und vergrößert gleichzeitig die quantitativen und qualitativen Möglichkeiten der ökonomischen Zusammenarbeit mit solchen Ländern.

Durch die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und fast allen europäischen Ländern sind bessere Voraussetzungen für eine zügige Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit entstanden. Bereits im Jahre 1972 hatte sich der Export der DDR in die westlichen Industriestaaten um 11,5 Prozent erhöht. Insgesamt machte die Stei-

gerung des Handels der DDR mit diesen Staaten 460 Mio US-Dollar aus. Die neuen Bedingungen können dazu führen, daß im Jahre 1973 und in der Folgezeit weitere Fortschritte in dieser Richtung erzielt werden. Die DDR ist bereit, Anregungen und Vorschläge zur ökonomischen Zusammenarbeit aufmerksam zu prüfen und ihren Wirtschaftsaustausch mit den nichtsozialistischen Staaten zum gegenseitigen Vorteil zu entwickeln. Das entspricht ihrem Interesse an der europäischen Zusammenarbeit und ihrer gesamten Wirtschaftspolitik. Gerade in jüngster Zeit haben führende Wirtschaftskreise westeuropäischer Staaten ihr Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der DDR bekundet. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß durch solche Erscheinungen, wie die Währungskrise, beträchtliche Unsicherheitsfaktoren für die Entwicklung des Warenaustausches entstehen.

Die Delegation der DDR hat den Bericht des Exekutivsekretärs (Dok. ECE-838), der Empfehlungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder der ECE enthält, mit Interesse zur Kenntnis genommen. Bei den zukünftigen Arbeiten sollte dem Studium langfristiger Perspektiven und ökonomischer Entwicklungstrends sowie dem Erfahrungsaustausch besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit die notwendigen praktischen Schlußfolgerungen gezogen werden können, die zu konkreten Empfehlungen für die Mitgliedsländer der ECE führen.

Was die infrastrukturelle Entwicklung einschließlich der Modernisierung des Transportnetzes und der Kooperation im Bereich der Energiewirtschaft anbelangt, würde eine Präzisierung und Vervollständigung der Aufgabenstellung für die ECE nützlich sein. Um eine präzisere Bestimmung der Arbeitsaufgaben auf diesem Gebiet vornehmen zu können, sollten noch weitere Studien, die zugleich eine klare Abgrenzung der Arbeitsthemen enthalten, vorgenommen werden.

Die bisherigen Arbeitsergebnisse des Sekretariats sowie die in letzter Zeit stattgefundenen Beratungen verschiedener Unterorgane der ECE rechtfertigen trotz der noch vorhandenen Unzulänglichkeiten den Schluß, daß die Probleme der langfristigen ökonomischen Entwicklung in Europa das Interesse der Mitgliedsländer der ECE finden. Die DDR wird an dieser Tätigkeit teilnehmen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zum analytischen Bericht des Exekutivsekretärs über die Industriekooperation zwischen den ECE-Mitgliedstaaten (Dok. E-ECE-844). Wir teilen das von vielen Delegationen zum Ausdruck gebrachte Interesse an diesem Bericht. Eine Reihe von Fragen, insbesondere die darin enthaltenen Schlußfolgerungen, sollten noch weiter untersucht und gründlich studiert werden. Die Delegation der DDR stimmt den hier geäußerten Vorstellungen zu, daß die ECE künftig diesem neuen Gebiet

der Beziehungen zwischen den Staaten mehr Beachtung schenkt, wobei unbedingt die innerstaatliche Gesetzgebung und die Besonderheit der Organisation des Außenhandels eines jeden Landes respektiert werden müssen.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich noch einmal bekräftigen, daß die Deutsche Demokratische Republik die sich aus der Mitgliedschaft in der UN-Wirtschaftskommission für Europa ergebenden Verpflichtungen erfüllen wird. Wir werden der Mitarbeit in dieser Kommission stets die gebührende Aufmerksamkeit widmen.»

## Kurt Marti «Politisches Tagebuch»\*

Der durch seine zeitkritische Lyrik und zahlreiche Publikationen bekannte Berner Pfarrer und Schriftsteller Kurt Marti hat mit diesen tagebuchartigen Notizen zu den Vorkommnissen und Hintergründen der Berner und Schweizer Innenpolitik im Zeitraum vom 24. März bis 25. September 1972 (Volksabstimmung über das Waffenausfuhrverbot) ein Zeitdokument geschaffen, das in seiner Vielfalt auch eine Art Kultur- und Gesellschaftsspiegel ist. Gleichzeitig stellt es, dank seiner vielen Anmerkungen ein kleines, sehr nützliches Nachschlagewerk über schweizerische Institutionen, Parteien, Organisationen, Abkürzungen dar.

Der Anstoß zu dieser jüngsten Veröffentlichung kam durch einen Telefonanruf. Kurt Marti bezeichnet seine Aufzeichnungen als eine Art Mikroskopierung kleiner Vorgänge in kleinen Verhältnissen, durch das Vergrößerungsglas seiner Subjektivität beobachtet und spontan notiert. Den Sinn dieser aufnotierten Details, dieser Mikrostrukturen sieht er vor allem auch darin, daß sie mögliche Tendenzen, Gefahren, Veränderungen anzeigen. Marti will jedoch nicht als Moralist, als Entlarver menschlicher Schwächen eingestuft werden. Er sagt: «Wer mir nachredet, ich decke menschliche Schwächen auf, stempelt mich zum Detektiv der Herrschenden, erniedrigt mich zum Schnüffler im Dienste eines Wertsystems, das ich wegen seiner Lieblosigkeit und Unmenschlichkeit ablehne».

Zu den vom Tagebuchschreiber besonders unter die Lupe genommenen Themen gehören **Subversion** und **Staatsschutz**. In diesem Zusammenhang prägt er den Neogolismus «**Cincerismus**» (Tschintscherismus), ein Helvetizismus in Analogie zum amerikanischen McCarthyismus, was besagt, daß alles, was Kritik am Bestehenden, am Status quo wagt, linksextrem, subversiv und daher blindlings zu verfolgen ist.

---

\* Luchterhand-Verlag, Darmstadt. 1973. 185 S. Fr. 19.20.